

**Ergebnisprotokoll der Diskussion im Rahmen der  
„Ersten gemeinsamen Konferenz von Werkstattträten und  
SPD-Bundestagsfraktion“ am 29. Nov. 2006 im Deutschen Bundestag**

**Einführung durch Silvia Schmidt, MdB**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Werkstattträte, sehr geehrte Vertreter der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaft, ich möchte Sie heute hier in unserem Fraktionssaal ganz herzlich willkommen heißen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Franz Müntefering, sehr geehrte Frau Evers-Meyer, die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, lieber Klaus Brandner, lieber Rolf Stöckel, vielen Dank für Ihr Kommen.

Ich möchte gleich am Anfang darauf hinweisen: sie merken, der oder die eine oder andere Kollege oder Kollegin ist noch nicht da. Heute findet unten im Reichstag das traditionelle Weihnachtsbaumfest der Lebenshilfe fest. Viele Abgeordnete sind im Moment unten aber sie werden sicher nachher hier eintreffen. Gleichzeitig kann man feststellen, dass heute ein ganz besonderer Tag im Deutschen Bundestag ist: Menschen mit Behinderungen finden hier nicht nur statt, sie sind auch in unserem Haus immer zu Gast!

Und deshalb ist es für mich ganz besonders wichtig, und ich glaube auch für Sie, dass Franz Müntefering so viel Zeit gefunden hat, unsere Konferenz über eine Stunde zu begleiten – vielen Dank, lieber Franz Müntefering.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine sehr verehrten Werkstattträte, ich freue mich, dass wir, die SPD-Bundestagsfraktion, gemeinsam mit Ihnen, den Werkstattträten aus ganz Deutschland diese Konferenz durchführen. Und auch ganz herzliche Grüße von Peter Struck darf ich Ihnen ausrichten, Peter Struck hat als Fraktionsvorsitzender diese Konferenz möglich gemacht – vielen Dank lieber Peter!

Sie, meine verehrten Werkstattträte, haben sich im Vorfeld dieser Konferenz schon sehr viel Mühe gemacht. Sie haben Themen aufgeschrieben, Probleme dargestellt, die Ihnen besonders am Herzen liegen. Sie wollten, dass diese heute hier thematisiert werden. Da gab es zum

Beispiel, Außenarbeitsplätze und Praktikumsplätze sollen geschaffen werden, Regelungen der Sozialgesetzbücher sollen für den Laien verständlicher gemacht werden. Und auch ein Schreiben aus Bayern: das Mittagessen darf nicht auf die Eingliederungsleistungen angerechnet werden, das ist Praxis in Bayern. Berufe, die in den WfbMs erlernt werden, sollten auch anerkannt werden, z.B. Teilfacharbeiter. Wir haben alle diese Themen aufgenommen, und die sehr oft genannt wurden, haben wir auch heute mit in diese Diskussion eingebracht. Zum Beispiel: Teilhabe fördern und auch die Gesundheitsreform. Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn wir nicht alle Themen abarbeiten können aber Sie haben natürlich auch Gelegenheit, in der Kaffeepause und auch in der Diskussionsrunde auf uns zuzugehen. Sie bekommen nicht nur Antwort, wir beziehen Sie in unsere politische Arbeit mit ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich heute ganz besonders über jeden Einzelnen aber gestatten Sie mir noch zu sagen, dass ich besonders glücklich bin, dass aus meinem Wahlkreis, dem Mansfelder Land, mein Werkstatttratt hier ist.

Diese Konferenz, das wissen Sie, findet zum ersten Mal statt und diese Konferenz soll auch Tradition werden. Das heißt, wir möchten, dass diese Konferenz jedes Jahr stattfindet. Jedes Jahr dann auch unter einem besonderen Thema. Sie soll uns helfen und Ihnen helfen, dass wir die richtigen Wege in der Zukunft auch gehen werden. Sie wird Impulse setzen, die Politik mit zu bewegen nach dem Leitsatz: „Nichts über uns ohne uns“. Neue Impulse können heute entstehen und auch in der nächsten Zeit werden wir wissen: „es bewegt sich etwas“. Auch schon im Vorfeld hat sich schon etwas bewegt. In den neuen Bundesländern gibt es keine Landesarbeitsgemeinschaften. Aber Brandenburg hat reagiert und in nächster Zeit wird eine Landesarbeitsgemeinschaft entstehen. Ich wünsche mir das auch für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie Thüringen, dass man hier genauso agiert.

Sie haben sich noch mehr Mühe und Arbeit gemacht und sich nicht gescheut: es gibt von Baden-Württemberg schon ein Arbeitspapier zum heutigen Kongress, das wurde mir vorhin überreicht. Es gibt auch ein Schreiben aus Bremen und von Bundesverband der evangelischen Behindertenhilfe gibt es auch noch ein Schreiben. Ich denke, diese Schreiben werden nicht die letzten sein. Trotzdem möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass wir heute nicht alle Probleme lösen können – es ist ein Ansatz, es ist ein erster Schritt und ich denke, das ist wichtig.

(Vorstellung der Abgeordneten; Gabriele Hiller-Ohm aus Lübeck, Rolf Stöckel aus Unna, Christian Carstensen aus Hamburg Nord, Andrea Nahles aus der Eifel)

Wir haben heute auch ein Geburtstagskind, das ist die Frau Ramona Chemnitz aus Neuruppin. Wo ist sie denn? Ich denke, dieser Geburtstag wird unvergessen sein, das glaube ich schon.

Ich wünsche mir heute, dass es eine gewinnbringende Konferenz für alle wird und möchte unseren Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Müntefering jetzt um das Wort bitten.

### **Thematisch geordnete Diskussionsbeiträge im Wortlaut**

#### **1. Werner Weißenbrunn: Regelungen der WMVO zur Finanzierung der Werkstatttratsarbeit (WR-Arbeit)**

Hr. Schell, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

- Finanzierungsfrage der Tätigkeit der Werkstattträte in Werkstätten unproblematisch, da von den Kostenträgern zu tragen sind
- Kosten sind nicht von Erträgen zu finanzieren, sondern in Vergütungsvereinbarung mit Kostenträger zu verneinbaren
- Refinanzierung nach Gesetz als gesetzliche Aufgabe sichergestellt, muss aber in Leistungsangebot verlangt werden

Werner Weißenbrunn, Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte:

- In Rheinland-Pfalz wird WR-Arbeit durch Erträge finanziert, das ist gesetzwidrig
- LAGs bzw. BAGs müssen sich ebenfalls finanzieren können

Hr. Hirsch, Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen:

- Anspruch und Wirklichkeit gehen auseinander, Finanzierung in WMVO festgelegt und wird in angemessenem Maße durchgeführt
- WfbMs haben mitgeteilt, dass in 8 Bundesländern Anteile an Kostensätzen für Werkstatttratsarbeit vorhanden sind,
- in 8 weiteren Bundesländern ist das nicht der Fall

- Grund: Deckelung der Kostensätze 1996, WMVO von 2001 hat keine neuen Vereinbarungen geschlossen, alte Vereinbarungen gelten fort
- Forderung, wird unterstützt, dass WR-Arbeit Werkstattnotwendige Kosten sind und die Finanzierung notwendig ist
- Finanzierung aus Erträgen ist nicht der richtige Weg, die Kostenträger müssen Anteile an den Kostensätzen für die WR-Arbeit vorsehen

Hr. Schell:

- Die Deckelung der Kostensätze von 1996 galt nur bis 1999 (BSHG-Deckelung)
- Seit 2001 ist im SGB IX klar definiert, was werkstattnotwendige Kosten sind und diese dürfen nicht aus den Erträgen finanziert werden
- Dr. Mozet, Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Wenn die Kosten der WR nicht in den Kostensätzen enthalten sind, ist das rechtswidrig
- Handeln jeder Werkstatt ist gefragt, Verhandlungen mit Kostenträger notwendig
- Verweigerung eines Sozialhilfeträgers ist rechtswidrig und sollte auch von Werkstattträtern aufgegriffen werden und an die Werkstattleitung herangetragen werden

Silvia Schmidt, MdB:

- Geld für Werkstattträte muss erkämpft werden

## **2. Selman Gülbol (Berlin): Geld und Förderung für Werkstätten wird immer weniger**

Silvia Schmidt, MdB:

- im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit ist ein tendenzieller Aufwuchs der Mittel zu erkennen

Dr. Mozet:

- auch im Bereich der Sozialhilfe für Werkstätten steigen die Ausgaben kontinuierlich an, deshalb kann man nicht pauschal sagen, dass kein Geld mehr für Werkstätten ausgegeben wird

**3. Christian Wolter (Berlin): LAGs müssen finanziert werden, einheitliche Regelung gefordert, Verhandlung mit Werkstattleitung dauert zu lange**

Dr. Mozet:

- Die Finanzierung der LAGs kann nicht so erfolgen wie die Finanzierung der Werkstattträte
- Die Finanzierung der LAG oder BAG sind nicht per Gesetz werkstattnotwendige Kosten und deshalb problematisch

Herr Weißenbrunn:

- Es gibt Möglichkeiten, z.B. können wenige Cent pro Beschäftigten zusammenkommen um die Arbeit der LAG Werkstattträte zu finanzieren
- Bisher ist das noch nicht Realität

Silvia Schmidt, MdB:

- man sollte auch mit den Landesregierungen reden, wie man hier zu einer Lösung kommen kann

**4. Andreas Bollmer (Stuttgart): Persönliches Budget in Baden-Württemberg: außerhalb der Modellregionen ist es sehr schwierig an das persönliche Budget zu kommen, es sollte jetzt schon möglich sein**

Karin Evers-Meyer, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen:

- Persönliches Budget wird 2008 rechtlich verbindlich
- Verfahren zur Ermittlung des Bedarfs sind sehr verschieden und nur teilweise zielführend
- Kosten dürfen nur den Kosten einer stationären Versorgung entsprechen und nicht darüber liegen
- Behinderte Menschen müssen die Gesetze kennen und sich auch beschweren, wenn Probleme auftreten und auch klagen

**5. Peter Marx (Halberstadt): Die Werkstattbeschäftigten in Sachsen-Anhalt bekommen 93€Grundlohn, in den alten Ländern gibt es wesentlich mehr, warum ist das so?**

Dr. Mozet:

- Es gibt keine Regelung, dass das Entgelt in den Werkstätten überall gleich zu sein hat
- Wirtschaftliches Ergebnis entscheidet über die Entgelte und unterscheiden sich daher stark
- Die Staffelung nach Leistung abzuschaffen wäre nicht sinnvoll

Hr. Schell:

- Der behinderte Mensch, der nur einen Teil des Tages Leistung bringt muss weiterhin seinen Grundlohn erhalten, wenn die Teilzeit behinderungsbedingt erfolgt, kann auch der Leistungsteil wie in Ganztage erfolgen
- Das muss aber vor Ort mit der Werkstatt erfolgen

**6. Rolf Bauermann (Bremen):**

- a. Die Ergebnisse der Vermittlungsstellen / Schiedsstelle sind nicht verbindlich für die Werkstätten,**
- b. nicht alle Beschäftigten sind geschäftsunfähig, Leistung lohnt sich nur so lange, bis HARTZ IV zuschlägt,**

Dr. Mozet / Hr. Schell:

- a: Schiedsverfahren: es ist richtig, dass dies nicht verbindlich ist, trotzdem sollte diese Möglichkeit nicht unterbewertet werden
- b: die Grundsicherung nach SGB XII (Sozialhilfe) ist nicht HARTZ IV!
- die Grundsicherung ist nachrangig und wird nicht voll angerechnet, die Freibeträge sind bei Werkstattbeschäftigten auch höher als normal

Rolf Stöckel, MdB:

- a: auch über das Arbeitsgericht ist bei jedem Arbeitnehmer ein Ausgleich möglich, das sollte man dann auch nutzen

**7. Karl Finke (Netzwerk Selbstaktiv, Hannover):**

- a. Zusammenschlüsse auf Landes- und Bundesebene müssen geregelt und finanziert werden**

**b. Persönliches Budget für Arbeit in Rheinland-Pfalz: wie erfolgreich ist das?**

Silvia Schmidt, MdB:

- a: Die Finanzierung und Absicherung der WR-Arbeit wird von der SPD-Fraktion im neuen Jahr aufgenommen

Hr. Hirsch:

- b: das persönliche Budget ist eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeitsförderung
- der Werkstattbeschäftigte wechselt auf den ersten Arbeitsmarkt und erhält einen tariflichen Mindestlohn, der Arbeitgeber erhält 70% dieses Lohns als Zuschuss
- die Rückkehr für die Dauer von einem Jahr ist sichergestellt
- es ist kein persönliches Budget, weil der behinderte Mensch nichts von dem Geld zu Gesicht bekommt, dennoch ist es sinnvoll
- bislang ist das Instrument noch nicht dem Rechnungshof des Landes abgestimmt, dieser könnte noch intervenieren, weil hier Arbeitsförderung durch Eingliederungsleistungen finanziert werden

**8. Friedrich Rabe (Kiel): Die Diakonie-WMVO enthält auch Mitwirkungsrechte und daher forderte er, dass die WMVO entsprechend geändert wird; weiterhin sollte die WMVO in einfacher Sprache verfügbar sein**

**9. Alfred Horbrügger (Hofgeismar, Hessen): in Hessen wurde ein Verein für die LAG gegründet, der sich über Mitgliedsbeiträge finanziert; so wird Eigenständigkeit gezeigt**

**10. Ilona Wiegand (Oranienburg) und Christian Wolter (Berlin): staatliches Weihnachtsgeld und die Weihnachtsbeihilfe wurden gestrichen, wann wird es wieder eingeführt? Warum wird das Weihnachtsgeld der Werkstätten angerechnet?**

Karin Evers-Meyer, MdB:

- Die Weihnachtsbeihilfe wird wieder gezahlt, in Baden-Württemberg wurde das für verfassungswidrig erklärt

Hr. Hirsch:

- Die Werkstatt ist verpflichtet 70% des Arbeitsergebnisses auszuzahlen, daher sollte das Weihnachtsgeld auch ausgezahlt werden

Hr. Weißenbrunn:

- Anrechnung des Weihnachtsgeldes für Beschäftigte im stationären Bereich mit Grundsicherung

**11. Wenn behinderte Menschen den Weg auf den 1. Arbeitsmarkt versuchen, muss die Rückkehr sichergestellt sein; Ist die Zahlung der EU-Rente nach 20 Jahren Werkstattzugehörigkeit weiterhin sichergestellt?**

Hr. Schell:

- Bei Scheitern der Beschäftigung kann der behinderte Mensch wieder in die Werkstatt, da er wieder werkstattbedürftig wird und der Erwerbsminderungsgrund zurück kehrt
- Die Rückkehr findet in den alten rentenrechtlichen stand zurück, es bleiben also alle bisher erworbenen Ansprüche erhalten
- Wenn das Scheitern nicht behinderungsbedingt ist, entsteht keine automatische Werkstattbedürftigkeit; Die Erwerbsminderungszeit unterbrochen wird, z.B. durch Arbeitslosigkeit, verfällt die Anspruchszeit auf EU-Rente nach 20 Jahren Zugehörigkeit

Silvia Schmidt, MdB:

- Die Regelungen sollten überprüft werden, ob sie nicht zu bürokratisch sind

**12. Kai Gieseler (Michaelshof): Wie sollen behinderte Menschen auf dem 1. Arbeitsmarkt arbeiten? Firmen zahlen lieber Strafen. Es gibt eine Überfüllung der Werkstätten. Die Prämien nach x-Jahren der Werkstattzugehörigkeit werden vom Sozialamt verrechnet.**

Dr. Mozet

- Die Zahl der Unternehmen, die ihrer Pflicht nicht nachkommen behinderte Menschen einzustellen, steigt Jahr für Jahr. Daher hat Herr Brandner durchaus Recht.

- Die Frage nach der Größe von Werkstätten obliegt den Ländern und kann vom Bund nicht bewertet werden.

Hr. Schell:

- Die Prämien sind Teil des Entgeltes
- Die Praxis kann sich nach Bundesländern unterschiedlich
- Die Anrechnung ist nachvollziehbar

**13. Andreas Bollmer: Der Übergang von der Werkstatt in den Arbeitsmarkt bringt u.U. Arbeitslosigkeit. Jemand der ALGII bekommt, ist erwerbsfähig und kommt nicht wieder in die Werkstatt. Die Werkstattbeschäftigten haben keine Freibeträge für ihren Zuverdienst, anders als ALGII-Empfänger. Das Mittagessen wird angerechnet – für das was übrig bleibt lohnt es nicht zu arbeiten.**

Hr. Schell:

- Das Mittagessen muss nach dem Gesetz nur aus dem Lohn bezahlt werden, wenn der Lohn 690€ übersteigt
- Der Sozialhilfeträger kann, es gibt unterschiedliche Urteile von Landessozialgerichten, die Grundsicherung um einen entsprechenden Anteil kürzen, wenn das Mittagessen in der Werkstatt kostenlos zur Verfügung steht
- Die Geldleistung muss abgezogen werden, weil das Mittagessen ja kostenlos zur Verfügung steht

Silvia Schmidt, MdB:

- Wenn keine Grundsicherung gezahlt wird, muss das Mittagessen nur gezahlt werden, wenn ein entsprechendes Einkommen zur Verfügung steht

Rolf Stöckel, MdB:

- Für Grundsicherungsempfänger wird der Mittagessenanteil abgezogen, weil das Essen kostenlos zur Verfügung steht. Das ist auch bei Ganztagschulen und anderen Bereichen so. Die Regelsätze des Bundes wurden angeglichen und sind auch nach Regionen unterschiedlich. Der Bund hat seine Aufgabe erfüllt – alle Menschen sind

uns gleich wert. Was vor Ort daraus gemacht wird, muss dort geklärt werden. Die politischen Forderungen müssen an Länder und Kommunen gehen.

**14. Joachim Gradl (Amberg): Das Mittagessen wird nicht von allen Grundsicherungsträgern übernommen.**

**15. Klaus Sonntag (Sachsen-Anhalt): Warum bekommen die Werkstattbetreuer weniger Lohn als die West-Kollegen.**

**16. Jürgen Schirmbeck (Osnabrück): Warum können sich Werkstattbeschäftigte nicht medizinisch notwendige Medikamente leisten?**

Silvia Schmidt, MdB:

- OTC Mittel, die über den Ladentisch verkauft werden, können beim Sozialhilfeträger beantragt werden, dazu gibt es bereits Urteile
- Über [www.kobinet-nachrichten.de](http://www.kobinet-nachrichten.de) können Informationen darüber herunter geladen werden

**17. Eric Rau (LAG BW):**

- a. Eingliederungshilfe in BW ist kommunalisiert. Dies führt zu großen Einsparungen.**
- b. Auch beim persönlichen Budget und dem individuellen Hilfeplan ist das der Fall.**
- c. Die Beratungsstelle ist in Händen des Kostenträgers – die Unabhängigkeit und das Wunsch- und Wahlrecht ist nicht gewährleistet. Keine Vernetzung der Finanzstrukturen zwischen Eingliederungshilfe und Pflege.**

- Damit sind nicht die Reha-Servicestellen gemeint, sondern die überörtlichen/örtlichen Sozialhilfeträger beraten über das persönliche Budget und den individuellen Hilfeplan

Dr. Mozet:

- Die Beratung sollten schon auch Stellen durchführen, die sich mit der Leistung auskennen. Sicherlich muss man über den Einsatz dieser Instrumente klar werden.

Silvia Schmidt, MdB:

- Im neuen Jahr wird es eine Konferenz zu diesem Thema geben und wir werden über diese Probleme zu reden haben.
- Richtig: es gibt keine Vernetzung zwischen Pflege und Eingliederungshilfe. Es wird in der kommenden Pflegeversicherungsreform angestrebt, die Pflegeversicherung als Rehabilitationsträger zu verankern. Es ist noch unklar, inwieweit dies durchsetzbar ist.

**d. Löhne konkurrieren mit Strafgefangenen und liegen sogar darunter – hier muss eine Gleichstellung erfolgen**

**e. Eltern werden für die Kosten der Werkstatt und des Wohnbereiches herangezogen**

Hr. Hirsch:

- Bisher nur ein Fall bekannt. Breite Problematik nicht bekannt. Hinweis erbeten.

Rolf Stöckel, MdB:

- Organisation landesweit und bundesweit notwendig, um Probleme auf allen Ebenen lösen zu können.

Silvia Schmidt, MdB:

- Die Servicestellen sollten genutzt werden, um die Beratung an die Menschen zu bringen. Nicht alle haben daran Interesse, aber daran muss man arbeiten.

**f. Rückkehr in Werkstatt aus Integrationsprojekt nicht möglich**

**18. Sabine Opiela (Lübbecke): Gibt es Pläne der Regierung, wonach Menschen, die eine Erwerbsminderungsrente nicht mehr in die Werkstatt dürfen?**

Dr. Mozet:

- Das ist nicht vorgesehen!

**19. Volker Hanke (Lebenshilfe, Dresden): Wie soll man behinderte Menschen motivieren in Außenarbeitsplätzen zu arbeiten, obwohl neben 8 Stunden Arbeit auch 3 Stunden Fahrtweg anstehen?**

**Schlusswort von Silvia Schmidt, MdB**

Meine sehr verehrten Damen und Herren Werkstattträte,

ich möchte mich erstmal bei Ihnen allen bedanken. Sie sehen, wir haben einen sehr großen Redebedarf, es wird aber mit Sicherheit nicht die letzte Veranstaltung gewesen sein. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: es gibt eine Dokumentation in der Tagungsmappe. Tragen Sie es mit hinein (in Ihre Werkstätten und ihr persönliches Umfeld, red.)! Sie haben gemerkt, dass es auch noch Schwierigkeiten gibt das eine oder andere Thema aufzunehmen. Sie sind unsere Multiplikatoren – sie sagen uns, was an der Basis passiert und wir sagen Ihnen, was wir hier eigentlich gemacht haben. Das SGB IX ist meines Erachtens, und davon bin ich immer noch überzeugt, nach dem Motto: „nichts ohne uns über uns“ entwickelt worden. Das heißt, wir hatten alle Verbände mit am Tisch – aber die Umsetzung nach sechs Jahren ist immer noch relativ schleppend. Das SGB IX ist eine Reform zur Selbstständigkeit und das sollten wir auch nutzen, auch Sie in Ihrer Werkstatt.

Zu einem Thema möchte ich noch kurz etwas sagen: Der Werkstatttrat aus Dresden hatte nach den Außenarbeitsplätzen und den langen Fahrzeiten gefragt. Ich möchte auch nicht, dass viele Menschen stundenlang durch die Gegend fahren müssen um ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Aber wenn ich im Vorfeld schon alles negiere und ablehne, und sage, ich will es gar nicht versuchen, dann brauche ich es auch gar nicht versuchen: einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen.

Das heißt: Integration findet doch nur statt, wenn ich mich auf dem „normalen“ Arbeitsmarkt bewege, sonst wird man ausgegrenzt nach dem Motto: „Geh Du in Deine Einrichtung!“ Da fragt man sich: „Wozu bin ich eigentlich nütze?“.

Diese Barrieren in den Köpfen der Gesellschaft, die gilt es abzubauen und gleichzeitig muss ein Umdenken stattfinden. Das wird eine lange Zeit in Anspruch nehmen und wir haben gerade heute gemerkt, welche Probleme da sind aber ich denke mir, wir werden das mit Sicherheit schaffen.

Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich bei den Anwesenden hier vorn.

Vielen Dank Herr Schell und Herr Dr. Mozet – hoch engagierte Mitarbeiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales - Ihre Angelegenheiten in guten Händen. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und Ihnen, Frau Chemnitz, eine schöne Geburtstagsfeier.

Vielen Dank!